



über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 04.09.2007
in der AWO Kindertagesstätte "Sternstunde",
Hammer Straße 1,

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Gabriele Bartosch
Frau Marion Dyduch
Herr Heiko Klanke

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Frau Susanne Hartmann
Frau Gertrud Sändker
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis
Herr Ludger Töpfer

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Herr Gerhard Peske
Herr Odalrik-Eberhard Schlaweck
Herr Burkhard Treese

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Herr Peter Büchel
Herr Dieter Kloß

Verwaltung

Herr Jürgen Dunker
Herr Johannes Gibbels
Herr Klaus Güldenhaupt
Frau Janine Klösener
Frau Sandra Schertel

Gäste

Frau Annette Schütte, Tagesstätte Sternstunde
Frau Sabine von der Heide, Tagesstätte Atlantis

Entschuldigt fehlten

Herr Kai Brumberg
Herr Ralf Hinterseer
Frau Gabriele Jäger
Herr Hans-Peter Kaminski
Frau Dr. Gabriele Krumme
Frau Annette Mann
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter
Herr Carsten Scheunemann
Herr Martin Wiegemann

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der AWO als Gastgeber, die Mitarbeiter des Fachbereichs und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Vorstellung der AWO-Kindertageseinrichtung in Kamen durch Frau Schütte	
2	Einrichtung eines Familienservice für Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2007	080/2007
3	Produkthaushalt für das Jahr 2008 Produkte: 36.01.01 36.02.01 36.03.01	
4	Ferienaktionen 2007 Bericht der Verwaltung	
5	Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan für Kamen 2007 bis 2010	081/2007

6	Verbesserung der Ausbildungschancen Jugendlicher hier: Projekt in Zusammenarbeit mit der Diakonie Bericht der Verwaltung
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der AWO-Kindertageseinrichtung in Kamen durch Frau Schütte

Frau **Schütte** begrüßte die anwesenden Gäste und hieß alle als Einrichtungsleiterin in der AWO Kindertageseinrichtung „Sternstunde“ herzlich willkommen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellte Frau Schütte das Konzept der Kindertageseinrichtung „Sternstunde“ sowie den dortigen Tagesablauf vor.

Ferner gab Frau Schütte einen kurzen Überblick über alle weiteren Kindertageseinrichtungen der AWO in Kamen. Sie berichtete über die Sozialstruktur, die Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungsformen sowie über die einzelnen Mitarbeiterstrukturen.

Frau **von der Heide** stellte als Einrichtungsleiterin die Kindertageseinrichtung und Familienzentrum „Atlantis“ vor. Sie erklärte, dass die Familienzentren Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk seien, welche sich zum Ziel gesetzt hätten, Kinder individuell zu fördern, Familien umfassend zu beraten und zu unterstützen.

Frau **Schütte** referierte abschließend über die Sprachfördergruppen, die Projekte „Junge Familien“ und „ZusammenSpiel – Junggebliebene engagieren sich im Kindergarten“ sowie über zukünftige Perspektiven und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Frau **Dyduch** dankte Frau Schütte und Frau von der Heide für deren Vorträge.

Herr **Kampmann** fragte nach, wie sich integrative Kinder auf die Gruppen verteilen und welche Art Behinderung die Kinder aufweisen würden.

Frau **Schütte** antwortete, dass sich maximal drei integrative Kinder in einer Einrichtung auf die Gruppen verteilen und von einer Integrationskraft betreut und gefördert würden. Es handele sich nicht um Kinder mit schweren Behinderungen, sondern um Kinder, die in ihrem Entwicklungsprozess verzögert seien.

Herr **Kampmann** hinterfragte, wie die Vernetzungsarbeit im Familienzentrum geleistet werde.

Frau **von der Heide** erklärte, dass die Kindertageseinrichtung „Atlantis“ in der Pilotphase keine finanziellen Mittel erhalten habe. Seit diesem Jahr werde das Familienzentrum mit monatlich 1.000 € bezuschusst. Voraussetzung für die Vernetzungsarbeit seien zeitweise vorhandene räumliche Gegebenheiten. Eine gute Zusammenarbeit erfolge hier u.a. mit dem Jugendfreizeitzentrum in Kamen.

Frau **Bartosch** erkundigte sich, wie viele männliche Erzieher in den Kindertageseinrichtungen der AWO tätig seien.

Frau **Schütte** bedauerte, dass zur Zeit keine männlichen Mitarbeiter das Team unterstützen.

Frau **Bartosch** erkundigte sich, ob die AWO frei über die Angebote, die das Familienzentrum anbiete, entscheiden könne.

Frau **von der Heide** erwiderte, dass das Familienzentrum zunächst aufgrund der bisher fehlenden finanziellen Mittel nur kostenlose Beratungsangebote in Anspruch nehme.

Zu TOP 2.
080/2007

Einrichtung eines Familienservice für Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2007

Herr **Klanke** begrüßte die Vorlage, die ganz im Sinne des Antrages der SPD-Fraktion sei. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass es sich bei dem Familienservice um ein geschlossenes Konzept handele, welches der Schaffung eines niederschweligen Angebotes diene. Herr Klanke betonte die Freiwilligkeit des Angebotes.

Für die Durchführung der Besuche favorisiere die SPD-Fraktion die in der Beschlussvorlage vorgestellte zweite Variante. Eine enge Anbindung an den Fachbereich würde eine stärkere Zusammenarbeit mit sich ziehen.

Frau **Scharrenbach** regte an, die Eltern nicht erst kurz nach der Geburt zu besuchen, sondern schon im Vorfeld tätig zu werden. So könne eine intensivere Einbindung und Stärkung des Kamener Krankenhauses erfolgen.

Ferner schlug sie vor, den Erziehungsleitfaden um Informationen über Früherkennungsuntersuchung zu erweitern. Sie gab den Hinweis, dass es sinnvoll sei, für die Hausbesuche eine interkulturelle Fachkraft abzustellen. Diese habe einen erleichterten Zugang zu Familien mit Migrationshintergrund.

Frau Scharrenbach merkte an, dass in der Beschlussvorlage Informationen über Finanzdaten fehlten. Ferner sei nicht ersichtlich, welche Folgekosten für die Zukunft erwartet würden.

Darüber hinaus stimme die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zu.

Frau **Möller** teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage zustimme, denn sie sehe darin eine gute Möglichkeit, Eltern über bestehende Angebote zu informieren und präventiv tätig zu werden. Dieses Angebot sei ein wichtiger Beitrag zur Familienfreundlichkeit. Frau **Möller** regte an, die Broschüre nicht nur an Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 3 zu verteilen, sondern allen interessierten Eltern und Institutionen wie Kindertageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Des weiteren fragte sie, ob man bereits Sponsoren für die Erstellung des Infomaterials gefunden habe.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass beabsichtigt sei, Informationen über Früh-erkennungsforschungen in die Broschüre einzugliedern. Ferner sei angedacht, den Eltern schon vor der Geburt beratend zur Seite zu stehen.

Mit der Beschlussfassung im JHA werde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob diese zusätzliche Aufgabe innerhalb des bestehenden Personals aufgefangen werden könne. Andernfalls werde der Bedarf einer zusätzlichen halben Stelle mit dem Stellenplan 2008 vorgetragen.

Nach seiner ersten vorsichtigen Schätzung sei mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 40.000 € zu rechnen. Materialkosten seien zu vernachlässigen, da ihnen nur ein geringfügiger Anteil beizumessen sei.

Herr Brüggemann gab an, dass möglicherweise kommunale Töchter als Sponsoren zur Verfügung stehen würden. Für eine konkrete Benennung sei es jedoch noch zu früh.

Frau **Dyduch** sicherte die persönliche Vorstellung der mit der Aufgabe betrauten Kollegin im JHA zu.

Frau **Scharrenbach** warf ein, dass das Land Fördermittel für den Ausbau von Frühwarnsystemen bereitstelle und äußerte die Frage, ob diese Mittel beantragt würden.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Verwaltung es sehr begrüße, wenn Gelder fließen und diese Fördermittel auch beantragt würden.

Herr **Klanke** wies darauf hin, dass die Stadt bei der Beantragung der Fördermittel schnell tätig werden müsse, da nur rund 4.000 € pro Kommune zur Förderung von Frühwarnsystemen zur Verfügung stünden.

Herr **Theis** äußerte Zweifel über die Durchführung eines Familienservice auf freiwilliger Basis. Vielfach würden Familien keinerlei Reaktionen auf Anschreiben zeigen. Er schlug vor, die Familien direkt ohne vorherige Kontaktaufnahme zu Hause zu besuchen.

Daraufhin erwiderte Herr **Brüggemann**, dass zunächst nur ein Familienservice auf freiwilliger Basis gewünscht werde. Dennoch müsse sorgfältig reflektiert werden, welche Familien man nicht erreicht habe.

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, zur Einrichtung eines Familienservice die erforderlichen personellen Voraussetzungen zu organisieren oder sie ggf. mit dem Stellenplan für das Jahr 2008 vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen, eine Enthaltung

Zu TOP 3.

Produkthaushalt für das Jahr 2008

Produkte: 36.01.01
36.02.01
36.03.01

Herr Peske und Herr Dunker berichteten über die Entwicklungen des Produkthaushaltes des Fachbereiches Jugend:

- 01 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen
- 02 – Kinder- und Jugendarbeit
- 03 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Herr **Peske** teilte mit, dass sich für das Produkt 36.01.01 im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Ansatz entwickelt hätten.

Im Bereich der Tagespflege ergab sich eine Steigerung der Plätze in Tagesbetreuung von 64 (Stand 31.12.2006) auf nunmehr 91 (Stand 31.07.2007). Auf Grundlage der derzeit bestehenden Fälle wurden die Kosten für die Tagespflege bis zum 31.12.2007 hochgerechnet. Es sei demnach mit Mehrausgaben in Höhe von rund 105.000 € zu rechnen (Anlage 1).

Hinsichtlich des Produktes 36.03.01- „Hilfe für junge Menschen und ihre Familien“- wurde anhand von Fallzahlen, den aktuellen Ausgaben und den kalkulierten Haushaltsansätzen die derzeitige Situation dargestellt.

Im Bereich der Vollzeitpflege würden Mehrausgaben in Höhe von 200.000 € erwartet. Dies ließe sich auf die vermehrte Unterbringung in sogenannten „Profifamilien“ zurückführen, welche ein vielfach höheren Pflegesatz aufweisen würden, aber dennoch kostengünstiger als Heimunterbringungen seien.

Aufgrund zweier Inobhutnahmen, die unter normalen Umständen dem Bereich der Heimpflege zuzuordnen wären, verzeichne der Bereich der Heimpflege Minderausgaben in Höhe von 270.000 €, jedoch stiegen dadurch die Kosten für Inobhutnahmen um bisher 85.000 €

In der SPFH steige der ermittelte Ansatz um 160.000 €. Dies ließe sich durch den Ausbau des ambulanten Angebotes begründen (Anlage 2).

Anschließend stellte Herr **Dunker** anhand einer Grafik den Produktbereich 36.02.01 vor. Neben den gestiegenen laufenden Leistungen der offenen Jugendarbeit samt Ferienfreizeiten und den gesunkenen Honorarkosten ging er insbesondere auf die verminderten Landeszuschüsse ein (Anlage 3).

Frau **Scharrenbach** wies auf den fehlenden Geschäftsbericht des Jugendamtes hin. Ferner würde sie es begrüßen, wenn im Jugendhilfeausschuss über die Personalstruktur des Jugendamtes diskutiert würde. Sie regte an, die im Bereich der SPFH zusätzlich geschaffene Stelle dauerhaft beim Fachbereich anzusiedeln und nicht über den Förderverein zu finanzieren.

Herr **Klanke** führte an, dass sich die Kosten im Vergleich zu anderen Kommunen trotz der Mehrausgaben weiterhin im Rahmen bewegen würden. Zurückzuführen sei dies auf die gute präventive Arbeit des Fachbereichs.

Herr **Brüggemann** fügte hinzu, dass der Förderverein für Jugendhilfe ebenfalls sehr gute Arbeit leiste. Er trage u.a. dazu bei, die Zahl der Heimunterbringungen möglichst gering zu halten. Herr Brüggemann versicherte, dass die Verwaltung bei Gelegenheit über die Arbeit des Fördervereins berichten werde.

Zu TOP 4.

Ferienaktionen 2007
Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** berichtete, dass die Ferienspiele und Ferienfreizeiten in diesem Jahr wieder sehr erfolgreich gewesen seien. Rund 350 Kinder und Jugendliche hätten die angebotenen Aktionen in Anspruch genommen. Trotzdem hätte die große Nachfrage durch die bestehenden Angebote nicht völlig abgedeckt werden können.

Zielsetzung für die kommenden Ferienaktionen sei, Abstand von den reinen Ferienfreizeiten zu nehmen und dafür mehr bildungsorientierte Arbeit zu leisten. Ferner solle die Arbeit für Kinder mit Migrationshintergrund intensiviert werden.

Zu TOP 5.
081/2007

Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan für Kamen 2007 bis 2010

Herr **Güldenhaupt** stellte nochmals die gesetzliche Entwicklung und die Notwendigkeit zur Aufstellung dieses Planes dar. Insbesondere sei er auch Voraussetzung zur weiteren Erlangung von Mitteln aus dem Landesjugendplan. Bei den Projektförderungen sei immer auch eine angemessene Leistung der Kommune einzubringen.

Mit dem 3. AG zum KJHG sei aber auch deutlich gemacht worden, dass die Kinder- und Jugendhilfe nunmehr ein eigenständiges Handlungsfeld neben dem Bereich Kindertageseinrichtungen und Hilfen zur Erziehung sei.

Zunächst sei umfangreich eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Teilpläne erfolgt, dann seien Schwerpunktthemen erörtert worden.

Die Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit, die Jugendverbandsarbeit, der erzieherische Kinder- und Jugendschutz und das Thema Migration und Integration seien derartige Schwerpunktthemen. In der Zukunft seien diese Themen auch im Ausschuss zu diskutieren.

Ein wesentlicher Inhalt des Gesetzes sei auch die engere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, die allerdings durch organisatorische Veränderungen (FB 51) schon angegangen sei.

Der Plan sei ständig an neue Erfordernisse anzupassen, insofern werde keine starre Vorgabe und Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre vorgelegt.

Da es keine Vorgaben seitens des Landesjugendamtes gegeben habe, sei der Plan recht umfangreich ausgefallen, es werde jedoch damit gerechnet, dass künftig Vorgaben hinsichtlich Umfang und Inhalt erfolgen werden und somit eine bessere Vergleichbarkeit und Auswertung möglich sei. Insgesamt stelle der Plan eine verlässliche Grundlage für die Weiterentwicklung der bisher bewährten Kinder- und Jugendarbeit dar.

Frau **Möller** teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage zustimmen werde. Sie sprach ein großes Lob an die Verfasser des vorgelegten Kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes aus. Dieser stelle ein gut ausformuliertes Arbeitspapier dar, welches auch in Zukunft in solch umfassender Form gewünscht werde.

Herr **Klanke** machte deutlich, dass die SPD-Fraktion ebenfalls den vorgelegten Kinder- und Jugendhilfeförderplan mittragen werde. Dieser stelle eine fundierte Analyse dar, welche einen guten Überblick gebe, was bereits in Kamen geleistet werde. Er dankte der Verwaltung für die gute und umfassende Arbeit und wies darauf hin, dass aufgrund der hohen Ressourcenbindung eine derart umfassende Ausführung künftig nicht unbedingt notwendig sei.

Herr Klanke teilte mit, dass die Perspektiven, die der Kinder- und Jugendförderplan aufzeige, von der SPD-Fraktion unterstützt würden. Er warf ein, dass viele Faktoren, wie beispielsweise das KiBiz, zukünftig viel verändern könnten. Dennoch könne der Verwaltung nicht vorgeworfen werden, nicht alles denkbar Mögliche für die Kinder und Jugendlichen zu tun. Damit sei der Sinn und Zweck dieses Förderplanes erfüllt.

Frau **Scharrenbach** erläuterte, dass es sich bei dem Kinder- und Jugendhilfeförderplan um eine sehr ausführliche Bestandsaufnahme handele und dankte den Verfassern. Alle vom Gesetzgeber geforderten Maßnahmen würden in Kamen durchgeführt. Sie bemängelte jedoch, dass sich aus dem Plan keine realistische Ziel- und Zeitplanung ableiten ließe. Sie forderte eine jährliche Beteiligungskonferenz und warf die Frage auf, wer daran alles teilnehmen solle.

Frau Scharrenbach bemerkte, dass viele Aufgabenbereiche des Kinder- und Jugendhilfeförderplanes, wie zum Beispiel die Jugendberufshilfe und der Jugendschutz, für die Zukunft thematisiert werden sollten, obwohl sie längst Schwerpunkte der täglichen Arbeit seien.

Sie machte darauf aufmerksam, dass folgender Satz auf Seite 76 des Kinder- und Jugendhilfeförderplanes zu streichen sei: „Damit wird erkennbar, dass sich die Hoffnung mancher Kommunalpolitiker nicht erfüllen wird,

allein durch einen numerischen Rückgang der potentiellen Adressaten von Kinder- und Jugendhilfeleistungen Kosten einzusparen.“

Sie formulierte deutlich, dass niemand im Ausschuss Mittel für den Jugendbereich streichen wolle.

Zum Thema Kinder mit Migrationshintergrund wünschte sich Frau Scharrenbach eine stärkere Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe. Weiterhin merkte sie an, dass die Mädchenförderung in intensivem Maße verfolgt werde und regte an, auch eine gezielte Jungenförderung zu betreiben.

Letztlich bemängelte Frau Scharrenbach, dass sämtliche Finanzdaten im Bericht fehlen würden und diese mit der Vorlage des Finanzplanes 2008 nachzureichen seien.

Herr **Brüggemann** beschrieb den Kinder- und Jugendhilfeförderplan als einen Versuch, alle relevanten Projekte zusammengefasst darzustellen. Ferner sei er davon überzeugt, dass dieser Förderplan einen Rahmen biete, um zukünftig projektorientierte Diskussionen zu den einzelnen Punkten führen zu können. Es ergebe sich daraus die Möglichkeit, den Förderplan künftig mit Leben zu füllen und in dem Zusammenhang dann auch Personal- und Finanzressourcen zu diskutieren, wie auch Zeitfenster zur Umsetzung zu erörtern.

Frau **Scharrenbach** bemerkte, dass immer vielfältigere Ziele formuliert, z. B. Sprechstunden des ASD in Kindertageseinrichtungen, viele Perspektiven und Visionen vorgelegt würden, aber islamische Vereine ausschließlich mit dem Integrationsrat und nicht mit der Jugendhilfe diskutieren würden. Sie sei der Auffassung, dass der Jugendhilfeausschuss seine Ziele zu diesem Thema verdeutlichen solle.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass hier ein originäres Aufgabenfeld des Integrationsrates ausgesprochen sei. So sei es nicht die ausschließliche Aufgabe des Jugendhilfeausschusses, integrative Konzepte zu entwickeln.

Frau **Dyduch** warf ein, dass die Integration Aufgabe in vielen Ausschüssen darstelle und nicht allein im Jugendhilfeausschuss verankert sei.

Herr **Klanke** hob hervor, dass die Mitglieder des Integrationsrates intensiv an neuen Strukturen arbeiten würden. Das geschilderte Problem sei bekannt und man erarbeite bereits Lösungen.

Frau **Dyduch** bat um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der verfügbaren Mittel entsprechend der strategischen Vorgaben des vorliegenden Planes in den kommenden Jahren bedarfsgerecht umzusetzen.
2. Neben der aktuellen offenen Kinder- und Jugendarbeit soll sukzessiv eine Erweiterung der Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen

- **Jugendsozialarbeit zur Förderung der schulischen und beruflichen Bildung,**
- **Jugendverbandsarbeit, durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit freien Trägern und selbstorganisierten Kinder- und Jugendgruppen,**
- **Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,**
- **Migration und Integration**

erfolgen.

Dazu sind detaillierte Konzeptionen einschließlich der finanziellen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen vorzulegen.

3. Auf der Grundlage des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (3.AG-KJHG – KJFöG) sind die im Kinder- und Jugendförderplan dargestellten Positionen

- politische und soziale Bildung,
- schulbezogene Kinder- und Jugendarbeit
- interkulturelle und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit,
- der sportlich und freizeitorientierten Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung, Ferien- und Freizeitmaßnahmen, internationale Jugendarbeit,
- geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit

weiterhin zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Verbesserung der Ausbildungschancen Jugendlicher
hier: Projekt in Zusammenarbeit mit der Diakonie
Bericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** berichtete über ein von der Diakonie initiiertes Projekt zum Thema „Vertiefte Berufsorientierung“ nach § 33 SGB III.

Hintergrund sei die bekannte Ausgangssituation, die mit einem weiterhin schwierigen Ausbildungsmarkt und festgestellten Defiziten bzgl. der Berufsorientierung und Ausbildungsfähigkeit von SchülerInnen insbesondere mit niedrigen und schlechten oder fehlenden Schulabschlüssen beschrieben sei.

Folgende Zielsetzungen ständen dabei im Fokus:

Vertiefte Eignungsfeststellung, Verbesserung des Entscheidungsverhaltens, Chancen realistischer einschätzen können, Fähigkeiten und Talente entdecken usw.

Die neunten Schuljahre der Hauptschule und teilw. der Käthe-Kollwitz-Schule mit insgesamt rund 80 SchülerInnen seien die Zielgruppe dieses ambitionierten Projektes, bei dem sich das Jugendamt im Rahmen seiner Aufgabe in der Jugendberufshilfe als Kooperationspartner durch eine Mitarbeiterin beteiligen würde.

Es gehe hierbei inhaltlich um Einzelcoaching, Planspiele, Firmen Parcour, Eignungsfeststellung, Bewerbungstraining, Betriebspraktika u.a. mehr.

Ziel und Ergebnis sei die nachhaltige Verbesserung des Entscheidungsverhaltens der SchülerInnen hinsichtlich ihrer beruflichen Orientierung. Die Projektlaufzeit beginne am 01.09.07 und ende am 31.12.08.

Der JHA werde zwischenzeitlich über den Projektverlauf informiert.

Herr **Klanke** machte deutlich, dass Schulen bei der Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche an ihre Grenzen stoßen würden. Deshalb sei eine Unterstützung durch andere Personen, die nicht in den Schulbetrieb eingebunden seien, wichtig. Er machte auf das Problem aufmerksam, dass gerade Hauptschüler häufig stigmatisiert seien. Aus diesem Grund sei das Projekt sehr wichtig und sinnvoll.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Mitteilungen der Verwaltung

1.1 Sprachförderung

Herr **Güldenhaupt** berichtete kurz über die Sprachfördermaßnahmen. Im Rahmen des Delfin 4 – Tests seien 399 Vierjährige getestet worden. Davon seien 156 Kinder zur zweiten Teststufe eingeladen worden. Bei 60 Kindern wurde ein Sprachförderbedarf festgestellt, 125 Kindern hingegen wurde kein Sprachförderbedarf attestiert. Weitere 12 Kinder konnten noch nicht abschließend getestet werden.

Pro Kind stelle das Land eine Fördersumme in Höhe von 340 € bereit.

Im Rahmen der bisherigen Sprachförderrichtlinien würden in diesem Jahr noch weitere 212 Kinder in 27 Angeboten betreut. Hier gewähre das Land einen Zuschuss von insgesamt rund 55.000 €.

2. Anfragen

Frau **Scharrenbach** fragte nach, wie das von Herrn Brüggemann in der Presse angeführte Defizit von rd. 400.000 € im Rahmen der Einführung des KiBiz zustande komme. Sie bat um die Darlegung der Berechnungsgrundlage, um diese Zahl nachvollziehen zu können.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass eine enorme Schwierigkeit darin bestehe, die kommenden Sachverhalte in konkreten Zahlen auszudrücken. Viele unterschiedliche, vorher nicht exakt planbare Faktoren würden sich auf die Höhe der Betriebskosten auswirken.

Es fehle an Planungssicherheit für die Verwaltung und für die Träger. Ferner müsse abgewartet werden, was die durchgeführten Bedarfsabfragen bei den Eltern nach den voraussichtlich gewünschten Betreuungszeiten ergebe.

Auch sei eine Einbringung eines 19%igen Elternbeitrages nicht realistisch. Erste Hochrechnungen hätten ergeben, dass die Betriebskosten bezogen auf das Kindergartenjahr von rd. 5,3 Millionen € auf voraussichtlich rd. 5,7 Millionen € steigen können.

Frau **Scharrenbach** wiederholte ihre Anfrage, ob die Berechnung dem JHA zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr **Brüggemann** erwiderte, dass eine Berechnung dem Protokoll beigelegt werde (Anlage 4).

Frau **Möller** fragte nach, ob Kinder aus zugezogenen Familien außerhalb NRW's bzgl. ihres Sprachförderbedarfs nachgetestet würden.

Herr **Brüggemann** verwies auf die Sitzung des Schulausschusses, in der Herr Schulamtsdirektor Forthaus anwesend sei und diese Frage beantworten werde.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- keine –

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez.
Dyduch
Vorsitzende

gez.
Güldenhaupt
Schriftführer

Anlagen

Entwicklung des Produktes 36.01.01

Entwicklung des Produktes 36.03.01

Entwicklung des Produktes 36.02.01

Betriebskostenschätzung im Rahmen des KiBiz für das Jahr 2008